



Presseschau vom 28.10.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde das **Gebiet Almasnaja, Losowoje, Kalinowka, Kalinowo-Borschtschewatoje und Shelobok**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen.

de.sputniknews.com: Größter US-Waffentransport des 21. Jahrhunderts perfekt – Zielort ist Deutschland

Das US-Militär hat rund 100 Container mit Waffen und Munition auf seinen Luftwaffenstützpunkt Ramstein gebracht. Die Lieferung, die umfangreichste seit fast 20 Jahren, ist in diesem Monat erfolgt, teilt die Air Base mit.

Die gelieferten Militärgüter seien für eine operative Reaktion auf Bedrohungen durch „aggressive Player“ bestimmt, hieß es.

Es handelt sich um die größte amerikanische Waffen- und Munitionslieferung nach Europa seit dem Angriff auf Jugoslawien im Frühjahr 1999.

Die Ramstein Air Base nahe Ramstein-Miesenbach in Rheinland-Pfalz ist mit rund 15.000 Soldaten und etwa 30.000 zivilen Angestellten der größte Luftwaffenstützpunkt der USA im Ausland.

Von Ramstein aus werden vermutlich US-Drohneinsätze im Irak, Afghanistan und anderen Ländern gesteuert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31820/90/318209056.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 27. Oktober 3:00 Uhr bis 28. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 16.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Krutaja Balka, Shabitschewo, Donezk (Terminal, Volvo-Zentrum, Alexandrowka), Leninskoje, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 272.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 390

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

Dan-news.info: „Heute Morgen zwischen sieben und neun Uhr wurde der südliche Rand von **Jasinowataja** beschossen... Etwa der Bereich des Straßenverkehrspolizeipostens an der Einfahrt zu Stadt wurde beschossen“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit. Außerdem waren auch Schüsse im Gebiet der südlichen Eisenbahneinrichtungen von Jasinowataja zu hören. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in beiden Fällen schwere Waffen verwendet wurden. Informationen dazu werden noch ermittelt.

Auch gestern Abend wurde Beschuss festgestellt. Insbesondere wurde durch „eine großkalibrige Kugel das Dach eines Wohnhauses in der Worowskij-Straße 31a, die im südwestlichen Teil der Stadt liegt, beschädigt“.

Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und

Koordination des Regimes der Feuereinstellung (GZKK) ist vor Ort, um Informationen über die Folgen des Beschusses zu ermitteln.

de.sputniknews.com: **Nach Krim und Donbass: Kiew hält nun Kontrollverlust über Westregion für möglich**

Nach der Krim im Südosten und dem Donbass im Osten befürchtet die Regierung der Ukraine nun einen Verlust der Kontrolle über Transkarpatien im äußersten Westen des Landes.

Seit dem Zeitpunkt, als die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangte, seien drei Regionen des Landes – die Krim, der Donbass und Transkarpatien – „den dortigen Eliten im Austausch gegen ihre Loyalität in die Hand gebracht“ worden, sagte der Vizechef des so genannten Ministeriums für zeitweilig okkupierte Territorien der Ukraine, Georgi Tuka.

„Wir haben faktisch schon zwei Territorien verloren, Transkarpatien noch nicht. Aber ich bin völlig davon überzeugt, dass wir die Territorien verlieren, wo es keine Politik der Zentralführung gibt“, sagte Tuka in einem Interview mit dem Portal "Obozrevatel".

Die Krim hatte nach dem Referendum im März 2014, bei dem 96,77 Prozent der Bewohner der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol für den Beitritt zum Staatsbestand Russlands gestimmt hatten, der Russischen Föderation beigetreten. Grund für die Volksabstimmung war der Staatsstreich im Februar 2014 in Kiew.

Die ukrainischen Behörden hatten im April 2014 eine Militäroperation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Umsturz in der Ukraine ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Für die Regelung der Situation im Donbass sind bereits drei Dokumente angenommen worden, die Maßnahmen zur Deeskalation festlegen. Trotzdem konnte in dieser Region noch kein Frieden hergestellt werden.

Die Beziehungen zwischen Budapest und Kiew hatten sich vor dem Hintergrund von Diskussionen über das ukrainische Bildungsgesetz verschlechtert, das unter anderem den Unterricht in anderen Sprachen außer dem Ukrainischen drastisch einschränkt. Das Gesetz verletze die Rechte der nationalen Minderheiten, darunter der ethnischen Ungarn, hieß es in Budapest.

Im September kam es zu einem Skandal um die Ausstellung von ungarischen Pässen an ukrainische Staatsbürger in der Stadt Beregowo, denn das ukrainische Recht verbietet eine Doppelstaatsbürgerschaft. Kiew erklärte den ungarischen Konsul in Beregowo zur unerwünschten Person und verfügte seine Ausweisung aus der Ukraine. Budapest antwortete dementsprechend.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32254/05/322540597.jpg>

Dnr-online.ru/Dan-news.info: **Erklärung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der**

DVR Darja Morosowa zur Veröffentlichung eines Interviews mit Julija Prosolowa

„Am 25. Oktober wurde ein Interview mit Julija Prosolowa veröffentlicht, in dem sie sich selbst bezichtigt, ihre Schuld faktisch zugibt. Wir haben keinerlei Zweifel daran, dass dies unter Druck und gegen ihren Willen geschah, was ein weiteres Mal demonstriert, dass die Ukraine die Rechte und Freiheiten der Menschen nicht beachtet.

Ich will auf die Tatsache hinweisen, dass wir mehrfach den Koordinator der humanitären Untergruppe in Minsk, den OSZE-Vertreter Toni Frisch gebeten haben, Julija Prosolowa im Untersuchungsgefängnis zu besuchen und sich mit ihr zu unterhalten, aber er wurde nicht dorthin gelassen. Während sich gleichzeitig ein ukrainischer Journalist schon im April 2018 unbehindert mit Julija traf. Es ist bezeichnend, dass das Interview erst an dem Tag veröffentlicht wurde, als die Frist für die Einreichung einer Berufung für das gefällte Urteil ablief. Dies verweist auf den im Voraus inszenierten und arrangierten Charakter der Handlungen der ukrainischen Seite und demonstriert auch die verächtliche Haltung der Kiewer Regierung gegenüber internationalen Organisationen, dem Minsker Verhandlungsprozess und der Einhaltung der Menschenrechte in der Ukraine insgesamt. Die Aussagen von Julija Prosolowa sind wirr, haben eine Reihe von Unstimmigkeiten und Widersprüchen, was Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit hervorruft. Außerdem wurde keine Videoaufzeichnung des Interviews veröffentlicht, und das heißt, dass selbst die Tatsache, ob es stattfand, in Zweifel steht. Das und vieles Andere sind Zeugnisse dafür, dass die Angelegenheit von Prosolowa fabrizierten Charakter hat.

Wir unsererseits legen weiter alle uns möglichen Anstrengungen in die Information der internationalen Öffentlichkeit mit dem Ziel einer möglichst schnellen Freilassung von Julija. Ich habe offizielle Anfragen an die OSZE-Mission, die UN-Beobachtermision für Menschenrechte in der Ukraine und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz geschickt. Ich hoffe, dass die ständige Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit eine wiederholte, sorgfältige und unvoreingenommene Untersuchung des Verbrechens, weswegen Julija Prosolowa ungerechtfertigt verurteilt wurde, unterstützt.“

Wir erinnern daran, dass am 4. Oktober ein Gericht in Mariupol die Bürgerin der DVR Julija Prosolowa zu 12 Jahren Freiheitsentzug verurteilte. Sie wurde im Oktober 2017 unter der Beschuldigung des Mordes am Oberst des SBU Alexandr Charaberjusch festgenommen. Nach Behauptungen des Vorsitzenden des Sicherheitsdienstes der Ukraine Wassilij Grizak hat die Frau angeblich mit dem Staatssicherheitsministerium der DVR zusammengearbeitet, aber das MfS hat diese Information dementiert.

de.sputniknews.com: Syriens einzige Insel heißt Urlauber willkommen

Die einzige Insel Syriens, Arwad, die im Mittelmeer wenige Kilometer von der Stadt Tartus entfernt liegt, lädt Touristen ein. Das wurde Journalisten in der Inselverwaltung mitgeteilt. Die Fläche der Inselstadt beträgt etwa sechs Quadratkilometer. Die rund 5000 Einwohner betätigen sich vorwiegend in Fischerei und Bootsbau.

Die Stadt wurde im zweiten Jahrtausend v. u. Z. von Phöniziern gegründet, ihre historischen Sehenswürdigkeiten werden heute nur von Touristen aus Syrien besucht.

„Wir leben in Homs. Wir sind oft nach Tartus gekommen, haben bisher jedoch nicht die Insel Arwad besuchen können. Hier ist es sehr interessant. In Syrien gibt es viele historische Orte. Arwad gehört mit Recht auf diese Liste und verdient besondere Aufmerksamkeit der Besucher“, sagt der syrische Tourist Bakhcet Sannun.

Die Verwaltung von Arwad, wo erst vor kurzem eine Grundreinigung vorgenommen wurde, lädt nun ausländische Touristen, darunter Gäste aus dem Libanon und aus Zypern, zum Besuch ein.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32277/82/322778270.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.10.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **16 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **neun Ortschaften beschossen** hat.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Kämpfer aus der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando von Martschenko sowie der 56. Panzergrenadierbrigade unter Kommando von Iwanow 13 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Ortschaften **Shabitschewo, Krutaja Balka, Alexandrowka, Jasinowataja, das Volvo-Zentrum** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** abgefeuert. Außerdem hat der Gegner Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und großkalibrige Maschinengewehre eingesetzt.

In **Richtung Mariupol** haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbriade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje** und **Sachanka** beschossen und dabei 35 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 20 des Kalibers 82mm abgefeuert. Außerdem wurden aktiv Granatwerfer und großkalibrige Maschinengewehre eingesetzt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verletzt weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich der Verwendung von Drohnen.

In den letzten 24 Stunden haben die diensthabenden Kräfte der Luftabwehr der DVR **einen weiteren Versuch der Anwendung einer Kampfdrohne im Gebiet von Kominternowo verhindert**. Nach der Entdeckung der sich nähernden Drohnen wurde sie abgeschossen und fiel in das Gebiet der Positionen der Gegners. Am Absturzort wurde eine Detonation festgestellt, was davon zeugt, dass an Bord der Drohne Sprengvorrichtungen waren. Am ehesten planten die ukrainischen Terroristen den Abwurf von Sprengvorrichtungen auf zivile und militärische Objekte. Dank der fachkundigen Handlungen unserer Soldaten gelang es, eine Tragödie zu verhindern.

Wir erhalten weiter Informationen über zunehmende Fälle von **Selbstverletzungen von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte**, die sich damit dem Aufenthalt in der OOS-Zone entziehen wollen.

So schoss sich im Gebiet von Krasnogorowka im Verantwortungsbereich der 28. Brigade der Soldat Timtschak, geb. 1998, selbst in die linke Hand. Traditionsgemäß hat das Kommando

der 28. Brigade diesen Fall als Verletzung während eines Beschusses dargestellt. Die ukrainischen Kämpfer terrorisieren weiter die Zivilbevölkerung des Donbass, im Zusammenhang damit wächst auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium die soziale Spannung.

In Konstantinowka hat eine Gruppe von Kämpfern des 90. Bataillons der 82. Luftlandbrigade der ukrainischen Streitkräfte in betrunkenem Zustand ein Lebensmittelgeschäft überfallen. Da sie ihre Straflosigkeit spürten, beeilten die Kämpfer sich nicht, den Ort des Geschehens zu verlassen. Am Ort des Verbrechens eintreffende „Wachmänner“ wendeten physische Gewalt an, wodurch die ukrainischen „Helden“ in die Flucht getrieben wurden. Aber einem von ihnen, dem Gefreiten Koltun, gelang es nicht, weit zu entfliehen. Ihn fingen örtliche Einwohner und begingen Selbstjustiz. In Folge einer Prügelattacke kam der Kämpfer mit einem Schädel-Hirn-Trauma und verschiedenen Brüchen ins Krankenhaus.

de.sputniknews.com: 100 Jahre Unabhängigkeit: Putin erkennt „geistige Verwandtschaft“ mit Tschechen

Der russische Präsident Wladimir Putin hat seinem tschechischen Amtskollegen Miloš Zeman zum Tag der Entstehung eines selbstständigen tschechoslowakischen Staates gratuliert. Die feierliche Botschaft wurde auf der Webseite des Kremls veröffentlicht.

Putin betonte, Tschechien werde in Russland respektiert, und verwies auf die kulturellen und geistigen Bande der beiden Länder.

„In diesem Jahr feiern Sie ein bedeutendes Jubiläum: Vor genau hundert Jahren haben das tschechische Volk und das slowakische Volk ihr Recht auf staatliche Souveränität verteidigt. In Russland respektiert man die Tschechische Republik, unsere Länder haben eine kulturelle und geistige Verwandtschaft“, heißt es in dem Telegramm.

Darüber hinaus äußerte der russische Staatschef seine Zuversicht, dass die Entwicklung des bilateralen Dialogs und der konstruktiven Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen den gemeinsamen Interessen der beiden Länder entspreche.

„Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen Gesundheit und Erfolg und allen tschechischen Bürgern Wohlergehen und Gedeihen“, so der russische Präsident.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt aber kontrollierbar.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das **Regime der Feueereinstellung sechsmal verletzt**.

Auf Befehl des Kriegsverbrechers des Kommandeurs der 72. mechanisierten Brigade Oberst Tatus wurden die Gebiete von **Almasnoje, Kalinowka und Losowoje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern beschossen.

Auf Befehl eines anderen Kriegsverbrechers, des Kommandeurs der 10. Gebirgss Sturmbrigade Subanitsch wurden das Gebiet von **Shelobok** mit Mörsern des Kalibers 82mm und Granatwerfern beschossen.

Kalinowo-Bortschtschewatoje haben die ukrainischen Truppen mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade der Verbrecher Wojtschenko.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 120 Geschosse abgefeuert.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hat die Lage in der Region destabilisiert und in der Nähe der Abgrenzungslinie seine Technik stationiert.

Unter anderem ist im Verantwortungsbereich der 59. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Walujskoje eine Kolonne Technik mit drei Ural-Lastwagen und zwei Schützenpanzerwagen eingetroffen.

Unsere Aufklärung hat die Ankunft einer Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ am 25. Oktober in den Einheiten der 10. Gebirgstruppe festgestellt, die den Zustand der Waffen und der Technik kontrollieren soll. Zur Kommission gehören neben Stabsoffizieren auch Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft. Im Verlauf der Arbeit der Kommission wird jeden Tag eine Menge Unzulänglichkeiten entdeckt. Unter anderem läuft bei 70 Prozent der Rad- und Raupentechnik Öl und Kühlflüssigkeit aus, und die Technik wird nicht gewartet oder dies geschieht formal, auf dem Papier. Außerdem wurde in einer der Einheiten das Fehlen von drei Dienstfahrzeugen des Typs Ural entdeckt, auf die Treibstoff abgeschrieben wird. Zu allen entdeckten Fällen erfolgen Ermittlungen, einige Funktionsträger der Brigade wurden ihrer dienstlichen Obliegenheiten entbunden.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen das Regime der Ruhe ein, um die Minsker Vereinbarungen zu beachten. Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst und führen Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit zur Verteidigung der Republik gegen die ukrainische Aggression aufrechtzuerhalten.

de.sputniknews.com: **Kosovo will 300 Millionen Euro für Aufrüstung ausgeben**

In den nächsten drei Jahren planen die Behörden der teilweise anerkannten Republik Kosovo, rund 300 Millionen Euro für die Ausstaffierung ihrer neu gegründeten Armee auszugeben. Darüber berichtet die kroatische Zeitung „Večernji list“.

Letzte Woche hatte das kosovarische Parlament für die Umwandlung der Sicherheitskräfte der Republik in eine richtige Armee gestimmt.

Wie die Zeitung feststellt, hatten die Abgeordneten unter anderem drei Dokumenten zugestimmt, welche die Befugnisse der Kosovo-Sicherheitskräfte erweitern und sie zu vollwertigen Streitkräften machen werden. Die Stärke der neuen Armee soll rund 5.000 Mann betragen.

Darüber hinaus soll das Gesetz der neu geschaffenen Armee erlauben, Waffen entsprechend ihren Möglichkeiten und der Verfügbarkeit von Geldern im Budget der Republik zu kaufen. So sieht das Budget des Kosovo dem Blatt zufolge bereits 300 Millionen Euro für den Kauf von Waffen und militärischer Ausrüstung sowie für die Ausbildung von Militärs vor.

Die Sicherheitskräfte des Kosovo wurden im Januar 2009 gegründet, knapp ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung der Republik. Sie wurden in einer begrenzten Anzahl von Missionen eingesetzt, um die internationalen Nato-Truppen zu unterstützen.

Bisher habe jedoch die Wahrung der kosovarischen Souveränität nicht zu ihren Aufgaben gehört, und die USA hätten ihnen die Uniformen und Ausrüstung gespendet.

Ende September hatte der serbische Präsident Alexander Vučić die Armee seines Landes wegen der Verschärfung der Lage im Norden des Kosovo in Gefechtsbereitschaft versetzt. Anfang Oktober hatte er bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über zahlreiche Provokationen geklagt, mit denen Belgrad rechnen müsse.

Im Jahr 2008 hatte das Kosovo seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt, aber Belgrad hat es bislang als Staatsgebilde nicht anerkannt. Die Verhandlungen zwischen den beiden Seiten waren im März 2017 eingestellt worden



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31805/06/318050613.jpg>

Dnr-online.ru: Heute fand in der Verwaltung des Budennowskij-Bezirks der Hauptstadt der Republik eine **Festveranstaltung zum 100. Jahrestag des Leninschen Kommunistischen Allunionsjugendverbands** statt. Es fand ein Festkonzert statt, bei dem Künstlerkollektive des Bezirks auftraten.

„Beim heutigen Fest sind ehemalige Mitglieder des Komsomol mit ihren Mitgliedsbüchern gekommen, es kamen Vertreter der jungen Generation, die den Taten ihrer Großväter und Urgroßväter nacheifern. Mir gefällt es, dass die Komsomolzen das Feuer ihrer Herzen, ihr Wissen, ihre Fähigkeiten der Zukunft der Donezker Volksrepublik übergeben – der jungen Generation“, unterstrich die Vorsitzende des Bezirksorganisation der gesellschaftlichen Organisation „Frauen des Donbass“, die Sekretärin der örtlichen Grundorganisation von „Donezkaja Respublika“ Olga Shukowa.

Sie merkte auch an, dass die Veteranen der Komsomolbewegung nicht nur ihre Erfahrung mit Vertretern der jungen Generation der Republik teilen, sondern auch selbst am Leben ihres Heimatbezirks aktiv teilnehmen.

de.sputniknews.com: Zeitung: Xi besucht Militär und ordnet „Kriegsvorbereitungen“ an
Xi Jinping soll seinen Streitkräften befohlen haben, sich auf einen Krieg vorzubereiten. Dieses Statement gab der chinesische Staatschef während eines Inspektionsbesuchs beim Militär ab, das für das Südchinesische Meer zuständig ist. Vor knapp vier Wochen war es dort zu einem gefährlichen Zwischenfall mit einem US-Kriegsschiff gekommen.

Das Südliche Kommando habe in den vergangenen Jahren eine „schwere militärische Verantwortung“ zu tragen gehabt, sagte Xi am Donnerstag beim Besuch in der Küstenprovinz Guangdong nach Angaben der in Hongkong erscheinenden Zeitung „South China Morning Post“.

„Es ist nötig, die Mission zu stärken... und sich auf Vorbereitungen auf einen Krieg zu konzentrieren“, sagte Xi nach Angaben des Blattes. Dabei sollten die komplexe Situation berücksichtigt und entsprechend „Notfallpläne“ erstellt werden.

„Wir müssen Kampfbereitschaftsübungen, gemeinsame und Konfrontationsübungen verstärken, um die Fähigkeiten der Soldaten und die Kriegsvorbereitungen zu verbessern“, zitiert die Zeitung den chinesischen Staatschef.

Der Besuch von Xi findet vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen mit den USA im Südchinesischen Meer statt. Stein des Anstoßes ist das rohstoffreiche Seegebiet um die dort liegenden Spratly-Inseln, das von China, aber auch von Vietnam, den Philippinen und weiteren Staaten beansprucht wird.

China hat in den vergangenen Jahren in der Region, durch die internationale Schifffahrtswege

führen, künstliche Inseln aufgeschüttet und Militärbasen gebaut. Die USA ignorieren Chinas Anspruch auf die Region demonstrativ und schicken immer wieder Kriegsschiffe, um ihr Recht auf eine freie Durchfahrt zu betonen. China sieht sich dadurch provoziert. Anfang Oktober wurde bekannt, dass ein chinesisches und ein US-amerikanisches Kriegsschiff im Südchinesischen Meer nur knapp einer Kollision entgangen sind.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32277/96/322779610.jpg>

Dnr-online.ru: Am 28. Oktober fand in Donezk in der Krupskaja-Bibliothek das **Forum „Treffen der Generationen“** statt, das dem 100. Jahrestag des Leninschen Kommunistischen Allunionsjugendverbands gewidmet war.

„Heute übernimmt „Molodaja Respublika“ die Erfahrung der Arbeit des Komsomol. Ich will euch eine Kontinuität der Generationen wünschen. Ohne Verständnis der Geschichte, ohne Verständnis dessen, wie sie sich entwickelt hat, ohne Verständnis dessen, was wir unseren Kindern übergeben wollen, wird uns nichts gelingen. Ich wünsche euch alles Gute, Erfolge und einen friedlichen Himmel über dem. Ich gratuliere zum 100. Jahrestag des Komsomol“, sagte das kommissarische Oberhaupt der DVR Denis Puschilin zu den Anwesenden. Er überreichte Teilnehmern des Forum Dankeschreiben für die aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben des Donbass, für aufopferungsvolle Arbeit, langjährige Treue zu den Traditionen des Komsomol und einen erheblichen Beitrag zur Erziehung der heranwachsenden Generation. Denis Puschilin seinerseits erhielt ein Dankeschreiben des internationalen Organisationskomitees „100. Jahre Komsomol“, von dem ein Kovorsitzender der Volkskünstler der UdSSR und der DVR Josif Kobson war.

Mit Begrüßungsworten wandten sich auch der Informationsminister der DVR Igor Antipow, der stellvertretende Kommandeur des operativen Kommandos Oberst Eduard Basurin, der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Wladimir Bidjowka, der Leiter des zentralen Stabs der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ Wiktor Tormos an die Komsomolzen verschiedener Generationen.

de.sputniknews.com: **Bolton weicht Lawrows Frage aus: „Mazedonien ist ein kompliziertes Land“**

Während die USA Russland die Einmischung in ihre Wahlen vorwerfen, übt der Westen ganz unverhohlenen Druck auf Mazedonien vor dem Hintergrund der Namensänderung aus. Diese Meinung äußerte der russische Außenminister Sergej Lawrow bei seinem Treffen mit dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, in Moskau.

Als Bolton von der „russischen Einmischung“ in die US-Angelegenheiten zu sprechen begann, hat Lawrow ihn nach eigenen Worten auf die Situation um das mazedonische Referendum zur Verfassungsänderung hingewiesen.

„Ich habe ihm gesagt, dass wir nicht nur einer Einmischung in die USA, in Spanien (Katalonien) und in den Brexit beschuldigt werden, sondern dass es inzwischen Trend geworden ist, uns für alles verantwortlich zu machen, was in den Westbalkan-Staaten passiert“, so Lawrow in einem Interview für den TV-Sender „Rossiya 1“ Russland habe aber im Gegensatz zum Westen „komplett geschwiegen“, als die mazedonische Volksabstimmung noch in Vorbereitung gewesen sei. Zugleich hätten in dieser Zeit aber der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der Pentagon-Chef James Mattis sowie die Bundeskanzlerin Angela Merkel die mazedonische Hauptstadt Skopje besucht. Sie hätten alle „unverblümt“ und ohne jede Zimperlichkeit von den mazedonischen Wählern gefordert, beim Referendum mit „Ja“ zu stimmen, um den Weg für die Mitgliedschaft in der EU und der Nato zu ebnen. Dafür brauche „nur“ der Namen des Landes geändert werden, hieß es. „Diese hinterhältige Formulierung verstößt gegen Vieles“, so der russische Chefdiplomat weiter.

Lawrow erinnerte zudem daran, dass das mazedonische Parlament nach dem Namensänderungs-Referendum, das wegen seiner zu niedrigen Wahlbeteiligung von 36 Prozent gescheitert war, eine entsprechende Abstimmung zur Verfassungsänderung durchgeführt habe. Dafür brauchte es eine Zweidrittelmehrheit.

„Und die fehlenden neun Stimmen (wegen des Widerstands der Opposition) – und das wurde in Mazedonien offen gesagt – wurden teilweise durch Bestechung und teilweise mit dem Versprechen erzwungen, kein Strafverfahren (gegen oppositionelle Politiker – Anm. d. Red.) einzuleiten ... Die ganze Zeit befand sich dabei der US-Botschafter im Parlamentssaal.“ Als er dies alles Bolton erzählt habe, habe dieser nur geschmunzelt und gesagt, Mazedonien sei ein „sehr kompliziertes Land“, so Lawrow weiter.

Mit einer hauchdünnen Mehrheit hatte zuvor das Parlament in Mazedonien den Weg für die Umbenennung des Landes in „Republik Nordmazedonien“ freigemacht. Nach tagelangen Debatten stimmten 80 der 120 Abgeordneten für die umstrittene Namensänderung, die einen jahrzehntelangen Streit mit Griechenland beenden soll.

Davor hatte eine Volksabstimmung stattgefunden. Eine große Mehrheit stimmte zwar der Namensänderung Mazedoniens zu, doch war die Wahlbeteiligung mit 36 Prozent zu niedrig. Griechenland drängt seit fast drei Jahrzehnten auf die Namensänderung und blockiert wegen des Streits seit Langem jede Annäherung Mazedoniens an die Nato und die EU. Hintergrund ist, dass die an Mazedonien grenzende nordgriechische Provinz denselben Namen trägt wie der Nachbarstaat.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32278/02/322780285.jpg>

Wpered.su: Im Petrowskij-Bezirk von Donezk wurde der 100. Jahrestag des Komsomol gefeiert

Im Petrowskij-Bezirk von Donezk fand auf Initiative des örtlichen Bezirkskomitees der KP der DVR eine Festveranstaltung zum 100. Jahrestag des Leninschen Kommunistischen Allunionsjugendverbands statt. An ihm nahmen Komsomolzen verschiedener Generationen teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Auf der Veranstaltung wurden Soldaten ausgezeichnet, die die Republik an der vordersten Linie verteidigen. Auszeichnungen wurden auch denen verliehen, die sich heute mit der kommunistischen Erziehung der Jugend befassen: die Familie Jerjomenko, Mitgliedern des Petrowsker Abteilung des Union der Offiziere der DVR. Außerdem wurden vier Parteibücher überreicht, acht weitere Anträge auf Mitgliedschaft sind in Bearbeitung.

Nach dem festlichen Teil begann das Kulturprogramm. Für die Anwesenden wurden Lieder und Gedichte des Komsomol vorgetragen.

de.sputniknews.com: Politikerin fordert Antwort auf „Diversionen“ an ukrainischen Waffendepots

Die Abgeordnete des ukrainischen Parlaments und Beraterin des Innenministers der Ukraine, Tatjana Chernovol, hat laut Medien dazu aufgerufen, Waffendepots in Russland zu sprengen. „Wissen Sie, es ist unser Unglück: In der letzten Zeit hat es Explosionen in unseren Munitionslagern gegeben. Wissen Sie, ähnliche Munitionsdepots gibt es auch auf dem besetzten Territorium, wo man auf uns schießt. Solche gibt es auch an der Grenze zur Ukraine auf der russischen Seite, jener, wo man auf uns schießt“, zitieren russische Medien Chernovol unter Berufung auf den ukrainischen TV-Sender „Prjamoj“.

Dabei habe die Abgeordnete bedauert, dass „es keine Antwort auf die Sabotageakte in den ukrainischen Depots gegeben hatte“.

Am 9. Oktober war in einem Munitionslager unweit der Stadt Itschnja im Gebiet Tschernihiw ein Brand ausgebrochen. Daraufhin war es zu einer heftigen Explosion gekommen. Obwohl der ukrainische Präsident Petro Poroschenko auf eine russische Beteiligung angespielt hatte, hatten andere Politiker der Ukraine die Ansicht vertreten, dass mittels solcher Vorfälle im Land versucht werde, den Diebstahl zu vertuschen.

Zuvor war es zu Explosionen in Munitionsdepots des Militärs in der Ortschaft Staraja Nikolajewka im Gebiet Donezk, in der ostukrainischen Stadt Balakleja bei Charkow sowie unweit der Siedlung Kalinowka im westukrainischen Gebiet Winnyzja gekommen.

Wpered.su: In Tores wurde der 100. Jahrestag des Komsomol gefeiert

Am 27. Oktober fand in Tores eine Veranstaltung zum 100. Jahrestag des Leninschen Kommunistischen Allunionsjugendverbandes statt, darüber berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Bei der Feier erinnerten Mitglieder der Kommunistischen Partei und des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands an die große Geschichte des Komsomol. Aktivisten wurden mit Ehrenorden „100. Jahre Leninscher Komsomol“ und Urkunden für die aktive Beteiligung am Parteileben ausgezeichnet. Außerdem nahm an der Veranstaltung die Autorin des Buchs „Hallo Großvater“ Ljudmila Lysenko teil, die in ihren Werken über die Soldaten schreibt, die während der Ereignisse im Donbass gefallen sind. Zum 100. Jahrestag des Komsomol schrieb sie ein Gedicht, das sie bei ihrem Beitrag vortrug.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/10/IMG_20181028_093131.jpg

de.sputniknews.com: **Syrien: Weitere Luftangriffe der US-Koalition in Deir ez-Zor gemeldet**

Die internationale US-geführte Koalition hat am Sonntag Luftangriffe auf ein Dorf in der Provinz Deir ez-Zor geflogen, wie das staatliche Fernsehen Syriens meldet. Fünf Zivilisten seien dabei ums Leben gekommen.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Sana gemeldet, dass die Luftangriffe der US-Koalition auf die Dörfer as-Susa und al-Bubadran im Osten der syrischen Provinz Deir ez-Zor mehr als 60 Todesopfer unter Zivilisten gefordert hätten.

Die Koalition mit den USA an der Spitze hatte ihrerseits die Meldungen über den Tod von Zivilisten bei den Luftangriffen zurückgewiesen. Nach Angaben der Koalition waren dabei nur die Kämpfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“* betroffen worden.

Wpered.su: **Eine Ausstellung zum 100. Jahrestag des Leninschen Komsomol fand in Donezk statt**

In diesem Jahr wird in den Ländern des postsowjetischen Raums einer der wichtigsten Jubiläen des Jahres 2018 begangen – der 100. Jahrestag des Leninschen Komsomol. Die Donezker Volksrepublik steht dabei nicht am Rand dieser Ereignisse, denn im letzten Jahrhundert gab es im Donbass eine der stärksten kommunistischen Jugendorganisationen in der gesamten Sowjetunion. Zu diesem Datum haben Schüler von Donezk beschlossen, in ihren Einrichtungen Ausstellungen zu erarbeiten, die die historischen Meilensteine der Entwicklung des Komsomol, seine Rolle im Schicksal des Landes zum Ausdruck bringen und über die Helden des Komsomol berichten, unter anderem über die Junge Garde u.s.w. Darüber berichtete ein Korrespondent von „Wperjod“.

Bei der Organisation einer derartigen Ausstellung half in dieser Woche der zweite Sekretär des Zentralkomitees des Leninschen Komsomol der DVR Anton Sajenko, der die Schüler besuchte und den jungen Leuten, die aktiv an der Ausstellung teilnahmen, Urkunden überreichte und außerdem Gratulation zum Jahrestag von den Komsomolzen und Pionieren der Heldenstadt Moskau, aus Pjatigorsk, Sachalin und dem Bezirk Krasnodar überbrachte.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/10/vDt6ae1TRp0-768x576.jpg>

de.sputniknews.com: „Nicht bloß ein Verdacht“: Lawrow über US-Einmischung in Russlands Innenpolitik

Die USA versuchen laut dem russischen Außenminister selbst, die Situation in Russland zu beeinflussen, werfen Moskau dabei aber Wahleinmischung vor. Dies sagte Sergej Lawrow in einem Interview mit dem TV-Sender „Rossija-1“.

Nach Lawrows Worten seien die amerikanischen Diplomaten „mehrmals bei öffentlichen Veranstaltungen der Opposition, einschließlich der nicht systemhaften, wo Losungen einen Regimewechsel forderten“, gesichtet worden. Das US-Außenministerium hätte Geld für Programme bereitgestellt, die ihrem Wesen nach eine Änderung der Innenpolitik Russlands zum Ziel hätten.

„Wir hegen nicht einfach irgendeinen Verdacht, sondern kennen ihr Gesetz, das 2015 verabschiedete ‚Gesetz zur Unterstützung der Ukraine‘. Gemäß diesem Gesetz ist dem Außenministerium befohlen worden, 20 Millionen Dollar pro Jahr auszugeben, um die Demokratie in Russland zu fördern, einschließlich der Finanzierung der russischen Nichtregierungsorganisationen, die für die ‚Demokratisierung‘ aller Bereiche des Lebens eintreten.

Alle Organisationen, die eine Finanzierung im Rahmen dieses Gesetzes erhalten, würden zurzeit geprüft. „Natürlich, wenn alle diese Geldmittel dafür verwendet werden, was im Gesetz verankert ist, und zwar für die ‚Förderung der Demokratie‘ in Russland, dann heißt dies Veränderung der Innenpolitik des Landes“, sagte Lawrow in der Sendung „Moskau. Kreml. Putin“ des TV-Senders „Rossija-1“.

„All das versuchten und versuchen unsere amerikanischen Kollegen weiterhin in einen Scherz umzuwandeln. Sie sagen, dass sich die Beziehungen normalisieren würden und alles wieder ‚gut sein wird‘, aber zu den Fakten der Einmischung gibt es keinerlei Reaktion“, so der russische Chefdiplomat.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32213/46/322134611.jpg>

de.sputniknews.com: **Kurz vor Ankündigung des INF-Austritts: Washington übergab Moskau Liste der Vorwürfe**

Einige Tage vor der Ankündigung des Ausstiegs aus dem INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme hat Washington eine Liste von Fragen zur russischen Umsetzung dieses Vertrags vorgelegt. Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow hat Moskau begonnen, Antworten darauf vorzubereiten.

Die USA hätten schon seit vielen Jahren Russland vorgeworfen, dass es die Rakete, die mit dem Index 9M729 bezeichnet werde, in einer vom INF-Vertrag verbotenen Reichweite getestet habe, so Lawrow. Bemerkenswert sei, dass die Vereinigten Staaten den Typ der Rakete, die sie im Blick hätten, gar nicht genannt hätten. Als Russland um spezifische Daten gebeten habe, hätten die Amerikaner „zuerst nur die Raketenummer angegeben, dann sagten sie, es seien zwei Tests gewesen, sie nannten die Daten dieser Tests und erwähnten dabei, dass sie auf dem Testgelände Kapustin Jar stattfanden“.

„Erst vor einer Woche, einige Tage vor der Ankündigung des Austritts aus dem INF-Vertrag, haben die Amerikaner durch ihre Botschaft in Moskau dem russischen Außenministerium eine detaillierte Liste jener Fragen übergeben, die Verdacht bei ihnen erregten“, sagte der russische Chefdiplomat in einer Sendung des TV-Senders „Rossija 1“.

„Wir haben die Liste an das Verteidigungsministerium Russlands und andere Behörden versandt, sie sollen diese Ansprüche prüfen. Wir haben damit begonnen, eine Antwort auf die US-Besorgnisse vorzubereiten“, ergänzte der Minister.

Ferner hat Lawrow vermutet, dass die Vereinigten Staaten keine genauen Daten und Behauptungen sofort geliefert hätten, weil sie befürchtet hätten, „ihre Quellen zu kompromittieren, wenn sie irgendwelche Informationen zeigen“.

„Ich beschäftige mich mit diesen Fragen nicht professionell, daher kann ich nur raten, aber es ist so, dass sie einige Tage, nachdem sie uns einen sehr detaillierten Fragebogen übergeben hatten, auf den wir schon reagieren konnten, den Austritt angekündigt haben. Dies trägt auch nicht zu einem nachhaltigen Dialog und zu Vorhersehbarkeit bei“, fügte der Politiker hinzu. Lawrow hat die USA auch aufgerufen, mitzuteilen, was sie im Bereich der Rüstungskontrolle nach ihrem Ausstieg aus dem INF-Vertrag tun würden.

„Unkontrolliert, nicht transparent, so dass niemand weiß, was der andere tut, so geht es nicht“, betonte der russische Außenminister.

Darüber hinaus äußerte sich Lawrow zum Vorschlag der Vereinigten Staaten, China, Indien, Pakistan und den Iran in den Vertrag einzubeziehen:

„Vor acht oder neun Jahren oder vielleicht zehn Jahren, in den Jahren 2007-2008, haben wir zusammen mit den Amerikanern in den Vereinten Nationen allen Ländern, die über Mittel-

und Kurzstreckenraketen verfügen, vorgeschlagen, dem Vertrag beizutreten und ihn universell zu machen. Die Antwort war negativ. Ehrlich gesagt hatten wir nichts anderes erwartet, wollten aber alle Möglichkeiten der Universalisierung nutzen“, brachte Lawrow in Erinnerung.

Am 20. Oktober hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) angekündigt. Das 1987 unterzeichnete Papier verpflichtet beide Staaten zur Vernichtung aller Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite und untersagt deren Produktion.

Die USA würden den Vertrag aufkündigen, weil Russland ihn verletze, sagte Trump. Der INF-Vertrag war am 8. Dezember 1987 von den damaligen Staatschefs der UdSSR und der USA, Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, unterzeichnet worden. Darin verpflichteten sich beide Staaten, sämtliche Raketen mit mittlerer (1000 bis 5500 Kilometer) und kürzerer (500 bis 1000 Kilometer) Reichweite zu vernichten und keine neuen mehr zu produzieren.